

Haushalt einstimmig verabschiedet

Gemeindevertreter kritisieren Bürgermeister für verspätete Vorlage / Frust über KFA-Reform

Biebergemünd (svw). Einstimmig haben Biebergemünds Gemeindevertreter gestern Abend die Haushaltssatzung 2015 und das Investitionsprogramm 2014 bis 2018 beschlossen. Auch wenn sie für beide Zahlenwerke stimmten, sparten sie in der Sitzung in der Biebertalhalle nicht mit Kritik an Bürgermeister Manfred Weber (parteilos). Vor allem, dass Weber den Haushalt erst Anfang Juni eingebracht hatte, stieß den Parlamentariern sauer auf. Zudem wetterten die Gemeindevertreter gegen die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA), der Biebergemünd künftig über Gebühr belasten werde.

Franz-Karl Stock, der Vorsitzende der CDU-Fraktion, eröffnete die Debatte. Mit Blick auf den Haushaltüberschuss von 6,4 Millionen Euro, so stellte Stock fest, habe Biebergemünd sicherlich kein Einnahmeproblem - zumindest momentan nicht. Die Gemeinde hätte in der laufenden Legislaturperiode noch nie so viel Steuereinnahmen zu verzeichnen, aber auch noch nie so viel Geld investiert. Die CDU sei überzeugt, dass die Investitionen, wie zum Beispiel der Neubau des Rathauses, gut für die Gemeinde seien. „Das sind genau die richtigen Zukunftsinvestitionen“, sagte Stock.

Die Beratungen des Haushalttes in den Ausschüssen hätten weitgehend gezeigt, dass es keine wesentlichen Beanstandungen zu den einzelnen Haushaltspositionen gibt. Meist seien es Verständnisfragen gewesen, die alle seitens des Hauptamtes beantwortet worden seien.

Kritisch anmerken wolle er, dass zwar jährlich Mittel für die Fort- und Weiterbildung eingestellt, diese aber aus CDU-Sicht nicht nachvollziehbaren Gründen nur bedingt ausgeschöpft würden.

Zu beobachten gelte es auch

die in diesem Jahr deutlich steigenden Kosten für die Asylbewerber mit sicherlich weiter steigender Tendenz.

„Kräftig investiert“ habe die Gemeinde in den vergangenen beiden Jahren in den Ausbau der Kitas in Bieber und Wirthheim und den Neubau in Kassel. Dies ziehe zwangsläufig fixe Folgekosten in Form von Abschreibungen und Personal nach sich. Wie im Ausschuss angeregt, fordere die CDU deshalb nochmals, kurzfristig ein sogenanntes Benchmarking zwischen den Kitas vorzunehmen, um eine bessere Transparenz bezüglich der Kosten zu bekommen.

Mit Blick auf die kommende Reform des Kommunalen Finanzausgleichs stellte Stock heraus, dass Biebergemünd bereits jetzt 62 Prozent des gesamten Steueraufkommens wieder an den Kreis abführe. „Wir leisten also bereits heute einen beträchtlichen Solibetrag“, sagte Stock. Nach dem neuen KFA müsse die Gemeinde sogar über 80 Prozent abführen.

Anschließend trat Thomas Jackel, der Bürgermeisterkandidat der SPD, an das Rednerpult. Es handele sich wahrscheinlich um den letzten

Haushalt, dem die Gemeindevertreter mit Freude und gutem Gewissen zustimmen könnten, sagte Jackel. Seinen Pessimismus mit Blick auf die Zukunft begründete er ebenfalls mit der KFA-Reform, die der hessische Landtag Ende Juli verabschiedete.

An Bürgermeister Manfred Weber gewandt, sagte Jackel: „Wir finden es gut, mutig und richtig, dass Sie entgegen der Vorgaben des Landes die Auswirkungen des KFA in die mittlere Finanzplanung von Ihrer Verwaltung haben berechnen und einbauen lassen.“ Die Annahmen im Haushalt seien realistisch sowie kaufmännisch konservativ und damit seriös gesetzt. Nicht nachvollziehbar sei jedoch, warum die Fachleute erst so spät agiert hätten.

Zu spät informiert

Erst nachdem das Parlament Weber dazu nötigte, habe das Rathaus die Bürger im Mai erstmals über die Auswirkungen des KFA der schwarz-grünen Landesregierung informiert, wobei die Zahlen, die er damals genannt habe, noch ein großes Stück von der Realität entfernt gewesen seien.

Das, was Weber nach nunmehr einem dreiviertel Jahr präsentierte, entspreche von der Tendenz und der Größenordnung exakt dem, was die Parlamentarier aller Fraktionen schon im November des vergangenen Jahres prognostiziert hätten. Mit Blick auf eine mögliche Klage gegen den

KFA, so betonte Jackel, halte er ein alleiniges Vorgehen gegen die Abundanzumlage für falsch. Deren Rechtmäßigkeit sei in anderen Bundesländern höchstrichterlich festgestellt worden.

Klage sorgfältig prüfen

Jackel forderte Weber daher auf, vor einer Klage sorgfältig zu prüfen, gegen welche Komponenten des Finanzausgleichs eine Klage größere Aussichten auf Erfolg hat. In Biebergemünd könnten die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer in diesem Jahr noch unter den durch das Land vorgegebenen Durchschnittssätzen auf dem alten Niveau gehalten werden. Und auch in den nächsten Jahren sehe es so aus, als ob die Gemeinde den Bürgern Steuererhöhungen ersparen könnte.

„Aber machen wir uns nichts vor: Über kurz oder lang werden wir auch in Biebergemünd gar nicht umhinkommen, unsere Kommunalsteuern zu erhöhen, wenn sich die Parameter des Finanzausgleichs nicht verändern“, prognostizierte Jackel. Durch die extrem gestiegene Umlagebelastung von über sechs Millionen Euro, die CDU und Grüne der Gemeinde auferlegt, würden Biebergemünd fast alle Spielräume genommen.

Alfons Link von der FWG-Fraktion, der angesichts der KFA-Reform ankündigte, bei der nächsten Wahl nicht wieder anzutreten, mahnte mit Blick auf das vermeintlich bes-

te Jahresergebnis in der Geschichte Biebergemünds zur Vorsicht. „Ist dies wirklich das im Rahmen der Einführung der Doppik postulierte echte Jahresergebnis?“, fragte er. Die Antwort laute eindeutig nein. Biebergemünd müsse in diesem Jahr die unglaubliche Zahl von 5,1 Millionen Euro an Rückstellungen auflösen. Rückstellungen auflösen heiße immer, die in den vergangenen Jahren buchhalterisch gebildete Sparbüchse zu leeren. „Das wirklich echte Periodenergebnis“, so wie es eigentlich die kaufmännische Doppik fordere, liege deshalb nur bei 1,3 Millionen Euro.

„Doppik in der kommunalen Verwaltung führt nicht zu mehr Transparenz. Es werden keine echten Jahresergebnisse gezeigt, die bilanziellen Risiken werden nicht abgebildet, und die gesamte Übung kostet nur Geld“, machte Link seinem Ärger Luft.

Zuletzt ergriff Bürgermeister Manfred Weber das Wort. Er entschuldigte sich bei den Parlamentariern dafür, dass der Haushalt erst so spät kam. Gleichzeitig betonte er allerdings auch, dass er nicht anders habe handeln können. Grund dafür seien die Bauprojekte am Gemeindezentrum gewesen. „Die Verwaltung war stark belastet. Wir hätten den Haushalt nur eher fertigstellen können, hätten wir die Bauprojekte unterbrochen“, sagte Weber. Das sei für ihn jedoch keine Option gewesen.

Nach der Debatte stimmten dann alle drei Fraktionen einstimmig für den Haushalt und das Investitionsprogramm.